

## Wider den Antisemitismus

Es ist im Weiteren zu hinterfragen, wie in der DDR und hier in Strausberg mit der Geschichte des Holocaust umgegangen wurde und wie das besonders grausame Kapitel deutscher Geschichte inzwischen aufgearbeitet ist.

Um uns einer Antwort zu nähern, ist es sinnvoll, den Begriff des Antisemitismus, der in den ideologischen Debatten einen vorderen Platz einnimmt, im Hinblick auf seine Geschichtlichkeit zu hinterfragen. Der Begriff, der Ende des 19. Jahrhunderts in der politischen Literatur (Wilhelm Marr<sup>1</sup>) Eingang fand, verbreitete sich relativ schnell und gilt noch heute als *Oberbegriff verschiedener Formen der Judenverteufelung*, für theologisch begründeten Judenhass, rassistisch-militante Judenverfolgung, Judenausrottung (Holocaust) und ideologisch-atheistische Bestrebungen für eine Assimilation bis zur Selbstaufgabe der jüdischen Identität sowie Antizionismus.

### Zur Geschichte des Antisemitismus

Die Ambivalenz des Begriffes „Antisemitismus“, die nicht nur in den gegensätzlichen Richtungen, sondern auch im absoluten ethnischen Bezug auf die Semiten<sup>2</sup> sichtbar wird, lenkt den Blick auf die Genesis der sogenannten Judenfrage. Im Verlaufe von ca. 2000 Jahren haben sich von der Antike, dem Mittelalter bis in die Gegenwart mit einer gewissen Kontinuität judenfeindliche Strömungen herausgebildet, die sowohl von religiösem als auch von rassistischem Deutungsmuster geprägt sind. Hier wollen wir mit der gebotenen Kürze zunächst auf unterschiedliche und gegensätzliche Richtungen des Antisemitismus aufmerksam machen:

*Der theologisch, aus der biblischen Geschichte heraus begründete Antisemitismus des Christentums (Antijudaismus, Gottesmörder), insbesondere der katholischen Kirche (Neue Testament) ist zweifellos*

---

<sup>1</sup> Wilhelm Marr (Journalist) benutzte als Erster in seiner judenfeindlichen Schrift „Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum, Berlin 1879, den Begriff „Antisemitismus“.

<sup>2</sup> In biblischer Zeit bezeichnete man so alle Völker des Nahen Ostens (semitische Sprachen), in Rassentheorien Bezug auf Juden als „minderwertige Rasse“.

*die älteste antisemitische Richtung.* Jesus Kreuzigung wird mit der Legende vom Verrat der Juden erklärt. An jedem Karfreitag beinhaltet das Gebet die Bitte an Gott (Karfreitagsfürbitte), sich in seiner Erbarmung der perfiden (treulosen) Juden anzunehmen.<sup>3</sup> Die antijüdische Kirchenpolitik führte sehr bald zu einer systematischen Verfolgung. In verschiedenen Interpretationen wurden die Juden für alle möglichen Gefahren und Katastrophen (im Mittelalter für die Pest) verantwortlich gemacht und später gar unterstellt, dass sie die Drahtzieher aller Revolutionen der Neuzeit seien. Obgleich sich die katholische Kirche – weil alle Menschen vor Gott gleich seien – vom rassistischen Antisemitismus distanziert, sah Papst Pius XI. im März 1933 eine Vereinbarkeit von Katholizismus und Nationalsozialismus. Zur Reichspogromnacht am 9. November 1938 schwieg Papst Pius XII.<sup>4</sup> Erst kürzlich weckte Papst Benedikt XVI. Erinnerungen an jene Zeit, indem er den englischen Bischof Richard Williamson rehabilitierte, der von seinem Vorgänger Johannes Paul II. wegen Leugnung des Holocaust exkommuniziert wurde und diesen noch immer bestreitet. Mit diesem päpstlichen Schritt wird Antisemitismus größter Art legitimiert. Die Überwindung des Antisemitismus würde im Christentum ein neues Verständnis der Kreuzigungsgeschichte voraussetzen, mit der letztlich der Tod von Jesus als Voraussetzung der Menschwerdung Gottes und der Geburt des Christentums zu sehen wäre.

*Die in besonderer Weise verbrecherische Richtung ist der völkische bzw. rassistisch begründete Antisemitismus (Adolf Hitlers „Mein Kampf“), der von den Nationalsozialisten zur Staatsdoktrin erhoben wurde und der mit dem Holocaust zur Ermordung von mehr als 6 Millionen Juden führte.* Im Januar 1942 beschlossen die Nazis auf der sogenannten Wannsee-Konferenz die Einführung des „Judensterns“, das Verbot der Auswanderung, „Juden-Häuser“ für sogenannte Mischehenpartner“ und als Endlösung der „Judenfrage“ die physische Vernichtung aller europäischen Juden im deutschen Machtbereich. „Extremster und militantester Antikommunismus verknüpfte sich mit der rassistisch-antisemitischen Diskreditierung

---

<sup>3</sup> Siehe: Hubert Wolf: Papst § Teufel. Die Archive des Vatikan und das Dritte Reich, München 2008, S. 98-143.

<sup>4</sup> Siehe ebenda, S. 192-226.

der slawischen Völker als ‚minderwertig‘ (...) die Vernichtung vieler Millionen Menschen – Juden und Slawen, häufig als ‚jüdisch-bolschewistische Untermenschen‘ abgetan – stellten nunmehr die beiden Seiten einer Medaille dar.<sup>5</sup>

*Eine in sich sehr widersprüchliche Variante des Antisemitismus ist die sogenannte Assimilationstheorie. Sie verspricht eine Judenbefreiung durch Aufgabe der jüdischen Identität. Die Idee kam bereits zu Beginn des 18. Jahrhunderts, d. h. in der Zeit der Aufklärung auf, und sie orientierte letztlich auf den Verzicht eines eigenen Nationalstaates (Zion). Damit war die Assimilationstheorie zugleich auch anti-zionistisch.* Nach Jahrhunderten grausamer Unterdrückung, weltweit permanenter Pogrome und Ausgrenzung der Juden aus dem gesellschaftlichen Lebens, schien die Idee der Selbstaufgabe und Anpassung an die Kultur anderer Völker geradezu als eine Hoffnung, künftig dem Leid und Elend der sozialen Ausgrenzung zu entgehen. Von der Illusion ergriffen, konvertierten viele Juden zum Christentum und begannen sich als ethnische Minderheit der öffentlichen Wahrnehmung zu entziehen. Das Ansinnen war natürlich auch im Judentum von Anbeginn sehr umstritten. Es wurde von den Verfechtern eines eigenen jüdischen Nationalstaates (Zionisten) entschieden abgelehnt. Moses Hess setzte sich in seinem 1862 veröffentlichten Werk „Rom und Jerusalem“ und Theodor Herzl 1896 in seiner Arbeit „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“ mit der Frage Assimilation oder Schaffung eines souveränen Judenstaates auseinander. Beide waren zu der Überzeugung gelangt, dass „die Emanzipation als Integrationsmaßnahme versagt und das Streben der Juden nach Assimilation an ihre nichtjüdische Umwelt ein zum Scheitern verurteilter Irrweg sei.“<sup>6</sup> Auf dem I. Zionisten-Kongress 1897 in Basel formulierte Herzl den später oft zitierten Grundsatz, wonach der Zionismus die Heimkehr zum Judentum noch vor der Rückkehr ins Judenland sei.<sup>7</sup> Schon vor ihm hatten jüdische Denker die Idee der Assimilation verworfen und zu einem volksbe-

---

<sup>5</sup> Kurt Pätzold / Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920-1945, a. a. O., S. 446.

<sup>6</sup> Julius H. Schoeps (Hg.): Theodor Herzl 1860-1904. Wenn Ihr wollt ist es kein Märchen. Eine Text-Bild-Monographie. Mit 350 Abbildungen in duotone, Neu-Isenburg 2004, S. 89.

<sup>7</sup> Siehe ebd., S. 123.

wussten Judentum aufgerufen. Sie vertraten die Überzeugung, wonach die Juden eine Schicksalsgemeinschaft bilden und sich mit ihrer Nation solidarisch verbunden fühlen.

Mit dem Aufkommen der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert schöpften auch viele Juden neue Hoffnung auf eine humanistische Lösung der sogenannten Judenfrage. Sie bestand in der Vision der menschlichen Emanzipation, in deren Ergebnis alle Völker, folglich auch die Juden als ethnische Minderheit emanzipiert werden. Jüdische Revolutionäre (Leo Trotzki in Russland, Ferdinand Lassalle in Deutschland, Victor Adler in Österreich-Ungarn) wurden selbst zu Organisatoren und Führern der proletarischen Emanzipationsbewegung.<sup>8</sup> Diese sollte auch die über Jahrtausende praktizierte Verketzerung der Juden überwinden. Den Schlüssel dafür sahen sie in der völligen Assimilation der Juden in den Organisationen (Parteien und Gewerkschaften) des Proletariats. In der Konsequenz waren sie wider Erwarten gleichfalls genötigt, ihre ethnische, kulturelle und religiöse Identität im Zeichen einer „freiwilligen Assimilation“ aufzugeben, um so die in kommunistischen Parteien geforderte ideologische Einheit zu ermöglichen (Lenin). Diese Forderung schien zwar dem rassistischen Antisemitismus entgegengesetzt zu sein, indessen setzte sie unhistorisch, wie Horkheimer und Adorno kritisch herausarbeiten, „die Einheit der Menschen als prinzipiell bereits verwirklicht“, und sie förderte so die „Apologie des Bestehenden“.<sup>9</sup> Mit der Erwartung, die Juden könnten ihre religiöse, ethnisch-kulturelle Identität aufgeben, verloren sie infolge des entsprechenden politischen und ideologischen Drucks ihre menschliche Würde. Nicht zuletzt wurden sie in den Machtkämpfen der stalinistischen Elite dem jeweiligen Feindbild geopfert und zugleich aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt. Genau das machte dann auch in der DDR den permanent wirkenden Antisemitismus aus.

Indessen sind die im Weiteren kritisch aufzuhellenden antisemitischen Erscheinungen in der kommunistischen Bewegung wie auch in der DDR in den frühen 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts

---

<sup>8</sup> Siehe: Hans Erler: Judentum und Sozialdemokratie. Das antiautoritäre Fundament der SPD, Würzburg 2009, S. 91-92.

<sup>9</sup> Siehe: Max Horkheimer und Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt /M. 2003, S. 177-178.

nicht allein aus der Assimilationstheorie, sondern primär aus dem stalinistischen Despotismus erklärbar, der über Jahrzehnte seine Spuren hinterließ. Eine noch immer plausible Erklärung des stalinistischen Antisemitismus und seiner verbrecherischen Ambitionen gibt Isaac Deutscher in seiner Stalinbiografie. Er enthüllt darin nicht nur das antimarxistische Wesen des politischen Systems der stalinistischen Diktatur, vielmehr zeigt er, wie der Antisemitismus als Feindbild zur Sicherung politischer Machtinteressen beansprucht worden ist.<sup>10</sup> Die Haltung zum Judentum war folglich auch in der Arbeiterbewegung zuweilen sehr widersprüchlich, und sie führte, bedingt durch das politische System der Sowjetunion, auch zu schädlichen politischen und verbrecherischen Folgen. Noch immer werden aus antikommunistischen Intentionen heraus die sozialistische Vision und die Marx'sche Gesellschaftslehre mit dem despotischen Sozialismus stalinistischer Prägung gleichgesetzt.

Im Unterschied zu diesem war die Lösung der sogenannten Judenfrage von Karl Marx humanistisch als soziale Frage bzw. Emanzipationsphilosophie vorgedacht. Die menschliche Emanzipation der Juden galt nach Marx als immanenter Bestandteil des Kampfes um soziale Befreiung und Menschenrechte. „Das Privilegium des Glaubens ist“, so Marx, „ein Menschenrecht“<sup>11</sup>. Deshalb schloss die sozialistische Vision jegliche Judenfeindlichkeit, wie sie in rückständigen bzw. reaktionären Schichten der bürgerlichen Gesellschaft auftritt, grundsätzlich aus. Friedrich Engels wandte sich 1890 in einem Brief entschieden gegen Antisemitismus, den er als „das Markenzeichen einer zurückgebliebenen Kultur“ bezeichnete, der in der Arbeiterbewegung unter einem scheinbar sozialistischen Deckmantel auftritt. Engels schreibt: „Außerdem verdanken wir den Juden viel zu viel. Von Heine und Börne zu schweigen, war Marx von stockjüdischem Blut; Lassalle war Jude. Viele unserer besten Leute sind Ju-

---

<sup>10</sup> Siehe: Isaac Deutscher: Stalin: Eine politische Biographie, Berlin 1990, S. 721-790.

<sup>11</sup> Karl Marx: Die Judenfrage, in: Karl Marx/Friedrich Engels Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 347-377, hier S. 363. **Hier ist auch anzumerken**, dass der Vater von Karl Marx (etwas später auch die Mutter) zum Protestantismus konvertierte, um als Anwalt in Preußen, zu dem damals Trier gehörte, arbeiten zu können. Karl Marx und seine Geschwister wurden 1824 protestantisch getauft. Es gibt dazu eine Eintragung im Taufregister der evangelischen Gemeinde Trier (Koblenz).

den. Mein Freund Victor Adler, der jetzt seine Hingebung für die Sache des Proletariats im Gefängnis in Wien abbüßt, Eduard Bernstein, der Redakteur des Londoner ‚Sozialdemokrat‘, Paul Singer, einer unserer besten Reichstagsmänner – Leute, auf deren Freundschaft ich stolz bin, und alles Juden (...) wenn ich wählen müsste, dann lieber Jude als ‚Herr von‘!“<sup>12</sup> Auch in der späteren Zeit war das Thema in der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung stets von einem theoretischen und ideologischen Klärungsbedarf begleitet.<sup>13</sup> Es ist zu bedenken, wie Hans Erler zu Recht schreibt, dass die „Initialzündung zu einer weltumspannenden Emanzipationsbewegung und ihr weit in die Zukunft ausgreifendes politisches projektieren (...) nicht ohne die Aufarbeitung des jüdischen Einflusses im Denken der exponiertesten Förderer der sozialdemokratischen Emanzipationsbewegungen nachzuvollziehen (ist) – und die Emanzipationsbewegungen selbst“ seien „ohne dieses jüdisch inspirierte Denken in ihren Fundamenten nicht zu verstehen.“<sup>14</sup>

Diese Einsicht stellte sich in den kommunistischen Parteien sehr viel schwieriger dar. In diesen blieb die Rolle der Juden in der proletarischen Emanzipationsbewegung unterbelichtet und sie wurde auch aus der Geschichtsschreibung verdrängt. Beispielweise erschwerte die ideologische Dogmatik im politischen System der DDR eine ethnisch-kulturelle Identitätspflege bzw. ein offenes Bekenntnis zur jüdischen Nationalität. Der jüdische DDR-Historiker Helmut Eschwege schildert in seinen Erinnerungen, wie ideologisch pragmatisch und atheistisch die DDR-Oberen zuweilen mit den jüdischen Gemeinden und Bürgern umgegangen sind.<sup>15</sup>

Zu einem besonderen ideologischen Problem wurde der Widerspruch von Assimilationstheorie und Zionismus. Dieser passte in der Zeit des Kalten Krieges in das antizionistische Feindbild gegen Israel. Hier ist nicht vorgesehen, den kommunistischen Antizionismus,

---

<sup>12</sup> Friedrich Engels: Über den Antisemitismus, in: Karl Marx/Friedrich Engels Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 49-51

<sup>13</sup> Siehe: Mario Keßler: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995, (Traditionslinien: Arbeiterbewegung und Antisemitismus in Deutschland bis 1945) S. 13- 30.

<sup>14</sup> Hans Erler: Judentum und Sozialdemokratie, a. a. O., S.79.

<sup>15</sup> Siehe: Helmut Eschwege: Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991, S. 75 – 167.

den israelischen und arabischen Konflikt tiefer zu beleuchten. Indessen spielten auch hier widersprüchliche politische Nuancen eine Rolle. Wie der Leipziger Wissenschaftler Peter Ullrich in einer Studie schreibt, habe die DDR in ihren Beziehungen zur palästinensischen Bewegung versucht, mäßigend gegen allzu nationalistische, terroristische und anti-israelische Positionen vorzugehen.<sup>16</sup> Innenpolitisch stellte sich das Problem überwiegend anders dar. In Zeitungen und in der politischen Literatur erschien Israel als Feind der friedliebenden arabischen Menschen, als Vasall des USA Imperialismus.<sup>17</sup> Kurzum: Der *Antizionismus ist eine Richtung* der Judenfeindlichkeit, die neben genannten ideologischer Facetten auch einen islamitisch-nationalistischen Boden findet und sich heute noch immer primär gegen einen eigenständigen jüdischen Staat Israel und eine zwei Staaten Präsenz in Palästina richtet.<sup>18</sup>

Die unterschiedlichen bis gegensätzlichen Inhalte des Antisemitismus (theologischer, rassistischer, antizionistischer und Assimilationstheorie) lassen gerade im Hinblick auf die DDR-Geschichte einen differenzierten Gebrauch des hier besprochenen Begriffes „Antisemitismus“ angeraten sein. Beispielsweise wird gegenwärtig aus ideologischen Gründen bzw. im Interesse eines falschen Geschichtsbildes und der Delegitimierung der DDR dieser schlechthin ein Antisemitismus angelastet. Das Bild passt dann in die Totalitarismustheorie d. h. in die Theorie von den zwei deutschen Diktaturen, mit der den Menschen eine Gleichheit von Nationalsozialismus und gescheitertem despotischen „Sozialismus“ suggeriert werden soll. Ein undifferenzierter Vergleich oder gar eine Gleichsetzung von nazistischer und stalinistischer Diktatur birgt in sich die Abschmelzung bzw. die Verharmlosung des nicht vergleichbaren verbrecherischen und menschenfeindlichen Wesens des Nationalsozialismus. Letztlich wird so die Leugnung des Holocaust auch unausgesprochen vorgenommen.

---

<sup>16</sup> Siehe: Peter Ullrich: Begrenzter Universalismus. Sozialismus, Kommunismus. Arbeiter(innen)bewegung und ihr schwieriges Verhältnis zu Judentum und Nahostkonflikt., Berlin 2007, S. 30.

<sup>17</sup> Siehe: Irene Runge: Nuancenreiches Nichtverhältnis. Für die DDR war Israel der Freund der Feinde und der Feind der Freunde, in: Neues Deutschland, 10./11.5.2008, S. 24.

<sup>18</sup> Siehe: Mario Keßler: Ein Funken Hoffnung. Verwicklungen: Antisemitismus, Nahost, Stalinismus, Hamburg 2004, S.64-97.

## Antisemitismus in der DDR?

Der oftmals bevorzugte Weg, vom Begriff auf die Wirklichkeit zu schließen, führt oft zu einem wirklichkeitsfremden Ergebnis. Sinnvoller für die Aufhellung der wirklichen Geschichte ist es, das tatsächliche Geschehen zu erforschen und dieses auf den Begriff zu bringen.

Bevor wir uns so der Frage zuwenden, wie in der DDR und letztlich auch in Strausberg mit der „Judenfrage“ umgegangen wurde, ist klarzustellen, dass es in der DDR keinen rassistischen Antisemitismus, keine Judenverfolgung und keine Ausgrenzung von Bürgern jüdischer Herkunft aus dem gesellschaftlichen Leben gegeben hat. Jüdische BürgerInnen, die überwiegend der sozialen Schicht der Intelligenz und der politischen Elite angehörten, nahmen gleichberechtigt auch auf den oberen Ebenen von Wissenschaft, Kunst und Kultur einen geachteten Platz ein. Zunächst einmal sehen wir von den antizionistischen Vorgaben der sowjetischen Besatzungsmacht ab, auf die im Weiteren kritisch einzugehen ist. Hier ist zunächst im Hinblick auf den damaligen Umgang mit Geschichte auf die Rezeption u. a. von Heinrich Heine, Moses Mendelssohn, Sigmund Freud und Albert Einstein zu verweisen. Zahlreiche Theater-, Film- und Buchproduktionen von Autoren jüdischer Herkunft (Stefan Heym, Stephan Hermlin, Arnold Zweig, Lion Feuchtwanger, Peter Edel, Friedrich Wolf, Konrad Wolf, Helene Weigel, Jürgen Kuczynski, Anna Seghers, Friedrich Karl Kaul, Victor Klemperer) belegen eine Vielfalt der politischen und künstlerischen Auseinandersetzung mit der jüdischen Geschichte und primär mit dem nazistischen Antisemitismus. In Dresden und Erfurt wurden neue Synagogen gebaut und in Halle, Leipzig und Berlin(Ost) restauriert. Generationen von DDR-Bürgern blieben Spielfilme in Erinnerung, die sich mit den grausamen Verbrechen am jüdischen Volk auseinandersetzten. Hier sind unter anderem Filme zu nennen, wie „Ehe im Schatten“ (Kurt Maetzig, 1947), „Professor Mamlock“ (Konrad Wolf, 1961), „Nackt unter Wölfen“ (Frank Beyer, 1963). Zu nennen wären unzählige Dokumentarfilme und einschlägige Buchproduktionen. Das „Tagebuch der Anne Frank“ erschien ab 1956 in 8 Auflagen und es befand sich im Lehrplan der Volksbildung. Unzählige Schulen und Kindergärten tragen ihren Namen. Seit 1957 gab es permanent Theateraufführun-

gen, die die BürgerInnen mit dem Schicksal der Anne Frank bekannt machten. Ungeachtet dessen gibt die Historikerin Sylke Kirschnick zu bedenken, dass allein „das Vorhandensein von Sachbüchern, Belletristik, Theaterstücken, Dokumentar- und Spielfilmen (...) noch keinerlei Auskunft über ihre Rezeption (gibt). Selbst eine nahezu vollständige Aufzählung aller Bücher und Filme sagt nichts darüber aus, ob und welche Fragen sie aufwarfen und welche Überlegungen sich daran knüpfen.“<sup>19</sup> Obgleich öffentliche Debatten in der DDR stets ideologisch gelenkt waren, ist im konkreten Zusammenhang hervorzuheben, dass der Antisemitismus kein das politische und geistig-kulturelle Leben bestimmendes Moment war. Dass es aber im Sinne der Assimilationstheorie derartige Erscheinungen gab, widersprach der Verfassung sowie dem antifaschistischen und sozialistischen Selbstverständnis der DDR-Führung und sollte kritisch aufgearbeitet werden. Unstrittig dürfte sein, dass auch das Leben und Wirken jüdischer BürgerInnen in der Arbeiterbewegung und in den sozialistischen Staaten nicht problemlos war.<sup>20</sup> Der Kalte Krieg und die Entwicklung des Sowjetblocks bzw. der unter sowjetischer Vormundschaft stehenden Satellitenstaaten führten zu einer spürbaren Übertragung innenpolitischer Widersprüche der Sowjetunion, so auch von Erscheinungen des stalinistischen Antisemitismus auf die DDR. Wie in der Sowjetunion, Ungarn, Rumänien, Polen und der Tschechoslowakei kam es in den Jahren 1949-1956 auch in der DDR zu juristisch-politisch gesteuerten Repressalien gegen aufrichtige Funktionsträger jüdischer Herkunft in der SED und in gesellschaftlichen Organisationen. Die völlig absurden Anklagen wegen Spionage hatten einen antisemitischen Hintergrund. Ein von der sowjetischen Staatsführung geforderter und in Verantwortung der damaligen SED-Führung vorbereiteter Schauprozess scheiterte, nachdem Stalin am 5. März 1953 verstorben war und die antisemitische Kampagne sich beruhigte.<sup>21</sup> Betroffen waren vor allem aus dem westlichen Exil zu-

---

<sup>19</sup> Siehe: Sylke Kirschnick: Anne Frank und die DDR. Politische Deutungen und persönliche Lesarten des berühmten Tagebuchs, Berlin 2009, S. 33 und siehe S. 99-132.

<sup>20</sup> Siehe: Martha Schad: Stalins Tochter. Das Leben der Swetlana Allilujewa, Bergisch Gladbach 2004, S. 90-102;

<sup>21</sup> Siehe: Mario Keßler: Die SED und die Juden, a. a. O., S.52-106 und Dokumente S. 156-176.

rückgekehrte kommunistische Funktionäre jüdischer Herkunft. Die antisemitische Welle traf u. a. das Mitglied der Akademie der Künste Alexander Abusch (KPD/SED) und den nichtjüdischen SED-Funktionär Paul Merker, der sich bereits während seiner Emigration in Mexiko für die Rückgabe bzw. Entschädigung des von den Nazis geraubten jüdischen Eigentums und für die Anerkennung der Juden als nationale Minderheit (Nation) eingesetzt hatte. Merker wurde im März 1955 mit dem Vorwurf des Zionismus in einem Geheimprozess zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt und erst 1956 aus der Haft entlassen.<sup>22</sup>

Worin äußerten sich im Weiteren die Probleme, die als antisemitisch bzw. als Ignoranz und Missachtung, als Nachlässigkeit gegenüber dem, was Menschen jüdischer Herkunft erleiden mussten, noch immer eine kritische geschichtliche Sicht einfordern?

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die im 18. Jahrhundert entstandene jüdische Gemeinde des Landes Brandenburg 1949 einfach aus dem Vereinsregister gestrichen wurde. In der Zeit der stalinistischen Repressionen wurden jüdische Gemeinden teilweise aufgelöst und Verbindungen zu Bundesrepublik untersagt. Es gab auch in den nachfolgenden Jahren kaum eine Chance, die Opfer stalinistisch-antisemitischer Politik in der DDR wirklich zu rehabilitieren. Inzwischen ist in Potsdam mit dem Bau einer neuen Synagoge für die auf ca. 1200 BürgerInnen jüdischen Glaubens gewachsene Gemeinde begonnen worden, die aus dem Landeshaushalt vorfinanziert wird und bis 2012 geweiht werden soll.

In der DDR gab es auch kein Holocaust-Museum und in der Gedenkstätte Buchenwald auf dem Ettersberg keinen Gedenkstein für die ermordeten Menschen des jüdischen Volkes. Der jüdische Schriftsteller Arnold Zweig schrieb dazu 1958: „Unter den 21 Fahnen der Völker, welche sich auf dem Ettersberg zusammenfanden, um das unauslöschliche Gedenken der Helden und Märtyrer mit dem Kampf gegen die Wiederkehr der Barbarei zu verbinden, fehlte

---

<sup>22</sup> Siehe: Erica Burgauer: Zwischen Erinnerung und Verdrängung – Juden in Deutschland nach 1945, Hamburg 1993, S. 168-186; Knud Andresen: Widerspruch als Lebensprinzip. Der undogmatische Sozialist Heinz Brandt (1909-1986), Bonn 2007, S. 181-184.

die Fahne mit dem uralten Emblem des Davidsterns, welche die jüdischen Opfer des faschistischen Terrors vertreten hätte.“<sup>23</sup>

Wenden wir uns dem *ideologischen Erscheinungsbild* des Antisemitismus zu: Der Begriff „Holocaust“ – der im Jüdischen als Shoa bezeichnet wird – kam in der DDR-Geschichtsschreibung relativ spät und äußerst selten zur Anwendung. Es geht uns hier nicht schlechthin um den Begriff, sondern um das Problem. Die offizielle Faschismustheorie sah den Judenmord nicht als Kern der nazistischen Mordpolitik an. Statt die psychologischen und ethnisch-kulturellen Folgen des Holocaust gründlich zu analysieren, debattierte man, wie damals üblich, vor allem den antifaschistischen Kampf der Kommunisten und die besonders aggressive Rolle des Monopolkapitals als Träger des Faschismus.

Die Gretchenfrage, um die es hier ging, war die, ob es sich beim Holocaust um ein entsetzliches nazistisches Verbrechen oder um ein einmaliges, in der Menschheitsgeschichte bis dahin nicht beobachtetes Verbrechen handelte. Die Grundaussage der DDR-Geschichtsschreibung bestand letztlich darin, wie Olaf Groehler treffend schreibt, „den Holocaust als eines der schwersten Verbrechen des Faschismus zu bezeichnen, ohne ihn jedoch in seiner historischen Einmaligkeit zu dokumentieren.“<sup>24</sup> Aus dieser Sicht blieb auch der nationalsozialistische Antisemitismus nach Auschwitz deutlich unterbelichtet. Bis Anfang der 60er Jahre dominierte ein zunehmend verengter Antifaschismus mit erkennbaren Zügen eines stalinistisch-kommunistisch geprägten Antisemitismus. „In der Frühphase der DDR hat es“, wie der namhafte Faschismusforscher Kurt Pätzold schreibt, „zeitweilig eine politisch sektiererische, verständnislose und dumme Politik gegenüber jüdischen Gemeinden mit verheerenden, nicht wieder zu behebenden Folgen gegeben, die zu Flucht und Weggang von Juden ‚in den Westen‘ führte. Manchen Opfern wurde aus Gründen politischer Differenz das Gedenken verweigert.“<sup>25</sup>

---

<sup>23</sup> Zitiert aus Mario Keßler: Die SED und die Juden, a. a. O., S. 118.

<sup>24</sup> Olaf Groehler: Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR, in: Ulrich Herbert / Olaf Groehler: Zweierlei Bewältigung a. a. O., S. 41.

<sup>25</sup> Kurt Pätzold: Vorab Notizen zu einer Ausstellung über Antisemitismus in der DDR. Du sollst nicht falsch Zeugnis geben, in: Neues Deutschland, 7./8.4.07, S. 22.

Ebenso kritisch setzt sich der Historiker Mario Keßler mit dem Antisemitismus in den 50er Jahren auseinander, den er als eines der schlimmsten Kapitel in der Geschichte der DDR bezeichnet. Die wenigen Arbeiten zum Thema sparten das Verhältnis der deutschen Arbeiterbewegung zu den Juden sowie zum Antisemitismus aus. Die SED-Führung habe direkt an das „Assimilationskonzept der Kommunistischen Internationale zur Lösung der jüdischen Frage und zur Überwindung des Antisemitismus“ angeknüpft. „Juden sollten sich ungeachtet der jeweiligen sozio-kulturellen Umstände, durch Verzicht auf eine (wie auch immer begriffene) jüdische Identität in die kommunistische Bewegung einfügen. Innerhalb dieser Bewegung sollten sie für eine klassenlose Gesellschaft streiten. (...) Der Zionismus wurde in all seinen Varianten strikt abgelehnt.“<sup>26</sup>

Erst in den 60er und 70er Jahren gab es zunehmend mehr historische Dokumentationen und Erinnerungsberichte über die Judenverfolgung.<sup>27</sup> In der Endphase der DDR kam es zu einer breiteren und konstruktiven Auseinandersetzung mit der jüdischen Geschichte. Allerdings galten im instrumentalisierten Antifaschismus die Opfer des faschistischen Rassenwahns nicht einmal als anerkannte „Opfer des Faschismus“. Die Juden hatten zwar Schweres erlitten, aber nicht gekämpft. Sie wurden so zu einer passiven und gefügigen Masse abgestempelt. Die ambivalente Haltung von Kommunisten zum „jüdischen Problem“ fand, wie bereits vorn erklärt, ihre Ursache in der Verkennung der nationalen, kulturellen, ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit und in der dogmatischen Verkürzung der „Judenfrage“ auf eine Klassenfrage. An solche Auffassungen war dann auch die Anerkennung des Status „Opfer oder Kämpfer des Faschismus“ gebunden. Es schien so nicht akzeptabel zu sein, einem jüdischen

---

<sup>26</sup> Mario Keßler: Antisemitismus in der SED 1952/53. Verdrängung der Geschichte bis ans Ende. In: Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen (Konferenzband), UTOPIE kreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen, Sonderdruck Dezember 1997, S. 152 f.

<sup>27</sup> Helmut Eschwege (Hg): Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945, mit einem Geleitwort von Arnold Zweig, Berlin 1966 (Das Buch war die erste umfassende Dokumentation zum Holocaust, die zwar nicht gefördert wurde, aber mit den damals üblichen Schwierigkeiten erscheinen durfte. Das schildert Eschwege ausführlich in seinen Erinnerungen, a. a. O., S. 184-211).

Großbürger den Titel „Opfer des Faschismus“ zu verleihen. Aus der Sicht der SED-Führung sollte es auch „keine Wiedergutmachung“ geben. Sie konnte sich auf Befehl Nr. 64 vom 17. April 1948 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) berufen, mit dem jüdische Restitutionsansprüche untersagt wurden. Es wurde auch geleugnet, dass die Nazis den Juden die Unterschrift zur Überlassung des Vermögens aufzwingen.<sup>28</sup> Im Juli 1952 wurde das gesamte jüdische Eigentum in Volkseigentum überführt. Eine Rückgabe des jüdischen Eigentums oder gar eine Entschädigung der Betroffenen widersprach der damals geltenden sozialistischen Gesellschaftskonzeption und Ideologie. Das Jüdische verschwand aus der öffentlichen Wahrnehmung. Die weit reichenden Folgen bekam die Stadt Strausberg im Streit um das einstige Grundstück der jüdischen Familie London zu spüren. Die Erbengemeinschaft geriet mit ihren Restitutionsansprüchen in einen Rechtsstreit mit der Stadt, der die Rechtsinstanzen bis zum Bundesgerichtshof zu einer Entscheidung durchlief.<sup>29</sup> Es war in der DDR auch bis in die 70er Jahre hinein nicht üblich, jüdische Kultur vorzustellen. Die „Assimilation“ war ideologisch so weit vollzogen, dass man nicht zu erkennen gab, welcher Schriftsteller, Künstler oder Politiker jüdischer Herkunft war. Selbst in Nachschlagewerken war es üblich, überwiegend eine solche Herkunft zu verschweigen. Es ist hier nicht vorgesehen, die ideologischen Fassetten des stalinistischen Antisemitismus in der DDR aus-

---

<sup>28</sup> Siehe: Mario Keßler: Die SED und die Juden, a. a. O., S. 46-47; ders.: Ein Funckern Hoffnung: Verwicklungen: Antisemitismus, Nahost, Stalinismus, Hamburg 2004, S. 137..

<sup>29</sup> Der Bundesgerichtshof (BGH) verhandelte am 25. Juli 2001 die Berufung der Stadt Strausberg gegen das „London-Urteil“. Das Landgericht Frankfurt (Oder) hatte am 30. Mai 2001 die Stadt Strausberg zu einem Schadenersatz von 2 Millionen DM an die klagenden Erben bzw. Restitutionsantragstellerinnen Esther London und Margot Rickles (beide USA) verurteilt. Das Oberlandesgericht Brandenburg hatte sich gleichfalls für diese Schadenersatzforderung ausgesprochen. Daraufhin beschloss die Stadtverordnetenversammlung beim BGH in die Berufung zu gehen. Der BGH entschied im Rechtsstreit der Stadt Strausberg gegen die jüdische Erbengemeinschaft London. Weil Strausberg nach der Wende die Rückübertragung einer Immobilie an die Erbengemeinschaft verweigert habe, müsse die Kommune den Erben zwar Schadenersatz leisten, allerdings seien die Investitionen, die zwischenzeitlich von dritter Hand getätigt worden waren, aus der Wertgröße herauszurechnen. Damit setzte sich auch die Rechtsauffassung der Stadtverordneten und des Rechtsberaters Dr. Peter-Michael Diestel beim BGH durch.

fürlich zu erörtern. Indessen ist daran zu erinnern, dass zuweilen selbst führende Kommunisten wegen ihrer jüdischen Herkunft ihrer Funktionen verlustig gingen, sie aus der so genannten Nomenklatura gestrichen und juristisch verfolgt wurden.<sup>30</sup> Einen ausführlichen Erlebnisbericht darüber gibt der Historiker Helmut Eschwege mit seiner Autobiografie „Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden“.

Das hinderte die DDR-Führung nicht, in den 60er Jahren, als Eichmann von Israel inhaftiert und nach einem sensationellen Prozess zum Tode verurteilt wurde, Adenauers Staatssekretär Hans Globke als den intellektuellen Urheber der Nürnberger Rassengesetze mit einer sehr massiv geführten ideologischen Kampagne an den Pranger zu stellen. Indessen änderte das keineswegs das eigene ideologische Denken, wonach die Zukunft der Juden in ihrer völligen Assimilation gesehen wurde. Im Zuge einer veränderten Kirchenpolitik wuchs das Interesse an der Erhaltung der ohnehin schwachen acht jüdischen Gemeinden in der DDR. Jahrestage der sogenannten Reichskristallnacht wurden nicht zuletzt auch dafür genutzt, um antisemitischen Verdächtigungen entgegenzutreten.<sup>31</sup>

## Juden und Antisemitismus in Strausberg

Ähnlich wie geschildert war auch die geistige Situation in Strausberg. Aus alten Chroniken wird überliefert, dass sich Juden schon im 13. Jahrhundert in der Stadt aufgehalten haben, und sie für das Aufenthaltsrecht ein Schutzgeld an den Magistrat zu zahlen hatten. Nach einer königlichen Verfügung von 1750 durften sich in den Städten eine bestimmte Anzahl Judenfamilien ansiedeln und Gewerbe betreiben. Die Juden wurden sogar zur Übernahme und Gründung von Manufakturen angehalten, und das war zugleich auch ein Druckmittel für den Erhalt des Schutzbriefes. 1784 sollen fünf Familien das

---

<sup>30</sup> Siehe Ilja Ehrenberg über den Fall des „Jüdischen antifaschistischen Komitees“, in: Menschen, Jahre, Leben. Memoiren, Bd. 3, Berlin 1978, S. 348; Jürgen Kuczynski: Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch, Berlin 1983, S. 50 ff.; Mario Keßler: Die SED und die Juden, a. a. O., S. 152-176; Isaac Deutscher: Stalin. Eine politische Biographie, a. a. O., S. 759-770.

<sup>31</sup> Siehe: Olaf Groehler: Der Holocaust, a. a. O., S. 62 f.

Schutzrecht bekommen haben.<sup>32</sup> Später bzw. mit dem preußischen Emanzipationsedikt von 1812 bekamen die Juden auch in Strausberg bürgerliche Rechte gewährt. Indessen war den Juden auch im Kaiserreich die Offiziers- und Beamtenlaufbahn verwehrt.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es hier eine kleine jüdische Gemeinde, die ca. 40 - 50 Mitglieder zählte.<sup>33</sup> Wie der Zeitzeuge Manfred Namm, der seit 1940 in den USA lebt, in einem Brief an Bürgermeister Jürgen Schmitz schildert, haben Juden und Christen in Strausberg in Frieden und sozialer Harmonie gelebt. Antisemitische Erscheinungen habe er damals nicht wahrgenommen. Die 1817 erbaute Synagoge sei eine der Ältesten in Deutschland gewesen.<sup>34</sup>

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur bekam auch die Strausberger Bürgerschaft die barbarischen Folgen nazistischer Judenfeindschaft zu spüren. In der Reichspogromnacht am 9. November 1938 wüteten die Nazis in Strausberg wie in ganz Deutschland. Die kleine Synagoge am einstigen Schäferplatz – heute Jungfernstraße in Verlängerung zum Parkplatz am Buchhorst - wurde niedergebrannt, die jüdischen Geschäfte zerstört und geplündert. Wie Zeitzeugen berichten, gehörten zu den führenden Antisemiten die Lehrer Erich Reese und Willy Pötsch. Sie führten die Hitlerjugend zu gewalttätigen Handlungen und taten sich mit antisemitischen Hasstiraden hervor.<sup>35</sup>

Von der Judenverfolgung betroffen waren auch die Gewerbetreibenden, wie beispielsweise die Firma „Herman Diamant“ (HEDIA). Sie hatte im Jahre 1931 die 1899 gegründete Schuhfabrik Max Robert Tack übernommen. Die Fabrik, die sich auf die Herstellung fei-

---

<sup>32</sup> Siehe: Festschrift zur 700-Jahrfeier der Stadt Strausberg, bearb. von M. Becker, Strausberg 1932, S. 30.

<sup>33</sup> Siehe Rolf Barthel: Geschichte der Stadt Strausberg, a. a. O., S. 195-196.

<sup>34</sup> Manfred Namm: Brief an Bürgermeister Jürgen Schmitz vom 26.10.1991, Eingegangen am 11.11.1991, Abs.: 55 Corte Del Bayo Larkspur, Calif 94939, USA (Brief priv. Jürgen Schmitz)

<sup>35</sup> Siehe: Jens Sell: Zeitzeuge sieht Opferliste differenziert, in: a. a. O; Winfried Lück: Strausberg um 1945. Erinnerungen eines Zeitzeugen. Strausberger Studien zur Geschichte ; 38, Strausberg 2007, S. 36-38; Detlef Klementz: Mahnung, Schuld nicht zu vergessen. An der Strausberger Stadtmauer erinnert seit gestern eine Gedenktafel an die Synagoge, in: Märkische Oderzeitung, 10.11.2008, S. 13; Ingrid Oehme: Gedenktafel an der Stadtmauer erinnert an die einstige Synagoge, in: BAB LokalAnzeiger zum Wochenende 46/2008, S. 4.

ner Damenschuhe spezialisiert hatte, war mit ca. 400 Mitarbeitern für die hiesige Arbeiterschaft ein wichtiger Arbeitgeber, der auch für den Zuzug von Arbeiterfamilien sorgte. Im Sommer 1939 musste Herman Diamant aufgrund der antisemitischen Gesetze seinen Betrieb zwangsweise an den Nazi Wilhelm Reichenwallner zu einem geringen Preis verkaufen.<sup>36</sup> Am 13. April 1942 wurden die letzten 8 Strausberger Juden in die Vernichtungslager deportiert.<sup>37</sup>

Die christlichen Kirchengemeinden schlossen sich auch in Strausberg dem vom Vatikan besiegelten Frieden mit dem Nationalsozialismus und Antisemitismus an. Dagegen formierte und entwickelte sich, wie bereits kurz geschildert wurde, unter dem maßgeblichen Einfluss von Dietrich Bonhoeffer und dem Wirken des Pfarrers Danicke eine kleine Gemeinde der Bekennenden Kirche, über die im Weiteren Wolfgang Reschke noch ausführlicher zu erzählen weiß.

Der einstige Strausberger Gymnasiast Winfried Lück berichtet in seinen Erinnerungen sehr respektvoll von seinem Lehrer Walter Mendelssohn und von einem jüdischen Ehepaar, das von einem kommunistischen Ehepaar in einer Kellerwohnung verborgen, auf dem Grundstück seiner Eltern die Jahre des Faschismus überlebte.<sup>38</sup> Studienrat Mendelssohn überstand die Judenverfolgung als sogenannter Mischehenpartner und konnte 1945 in seine pädagogische Tätigkeit am Strausberger Gymnasium zurückkehren. Der weltweit bekannte Romanist Victor Klemperer, dessen Schwester (Recha) Grete in Strausberg, Moltkestraße 4 (heute Rosa-Luxemburg-Straße), bis 1940 wohnte, schildert in seinen Tagesbüchern<sup>39</sup>, wie er als Jude, der wie auch seine Schwester bereits nach dem Ersten Weltkrieg zum Christentum konvertierte, die Grausamkeiten des nazistischen Antisemitismus ertragen musste.

Nach 1945 kam es zu einer nicht mehr genau nachzuvollziehenden Beräumung des 1717 angelegten jüdischen Friedhofs, was vermutlich auf ideologisch motivierte oder auf von Unkenntnis geleitete örtliche Entscheidungen schließen lässt. Für die DDR-Geschichte mag Strausberg in diesem Fall eine Ausnahme sein, denn im Allge-

---

<sup>36</sup> Siehe: Rolf Barthel: Geschichte der Stadt Strausberg, a. a. O., S.195-196.

<sup>37</sup> Ebenda, S.196.

<sup>38</sup> Winfried Lück: Strausberg um 1945, a. a. O., S. 101-106.

<sup>39</sup> Siehe: Victor Klemperer: Tagesbücher 1933-1945, Berlin 1999

meinen galt damals die Aufmerksamkeit der Wiederherstellung eines gepflegten Zustandes der jüdischen Friedhöfe. Das ist insofern von politischer Brisanz, weil mehrere Zeitzeugen bestätigen, dass der Friedhof in den Jahren der Nazi-Diktatur im Wesentlichen erhalten geblieben sei. Die jüdischen Friedhöfe wurden zwar, wie es derzeit oft der Fall ist, geschändet und in Einzelfällen auch beseitigt<sup>40</sup>, aber überwiegend für die Aufnahme der verstorbenen, gemordeten und in den Tod getriebenen jüdischen BürgerInnen benötigt. Ihnen war eine Beisetzung auf christlichen Friedhöfen verwehrt. Ähnliches schildert auch Manfred Namm, der sich noch vor seiner Flucht 1940 von den bis dahin nicht geschändeten Gräbern seiner Freunde verabschiedete. Sein Entsetzen war verständlich, als er bei einem Besuch Strausbergs im Juni 1991 lediglich eine Erinnerungstafel vorfand, deren Inschrift nicht einmal korrekt sei, denn der Hinweis auf die Zerstörung des jüdischen Friedhofs in der Pogromnacht 1938 widerspreche der historischen Wahrheit.<sup>41</sup> Das geschilderte Problem erhellt einmal mehr für Strausberg, was wir zum Antisemitismus in der DDR kritisch zu sagen haben. Indessen sollte auch politische Sorglosigkeit im Umgang mit den geschichtlichen Erfahrungen und dem Wissen, dass es sich bei dem Text der Ende der 80er Jahre an der Mauer der damals schon nicht mehr als jüdischen Friedhof erkennbaren Grünfläche angebrachten Gedenktafel, um eine vermutlich ideologisch motivierte unkorrekte Darstellung handelt, nicht verschwiegen werden. Erst im September 1998 wurde die seit 1942 in städtisches Eigentum überführte Friedhofsfläche wieder im Grundbuch als jüdisches Eigentum ausgewiesen.

Eine öffentliche Erinnerungsarbeit oder gar heimatgeschichtliche Erforschung der jüdischen Kultur und Biografien lassen sich für die Zeit bis 1990 kaum nachvollziehen. Nach der demokratischen Wende 1989/90 drang auch die Erinnerung an die einstige jüdische Gemeinde wieder in die öffentliche Wahrnehmung. Bürgermeister Jürgen Schmitz ließ einen großen Feldstein mit Davidstern auf die Mittelfläche der Ruhestätte legen, die Einfriedung sanieren und den

---

<sup>40</sup> Helmut Eschwege untersuchte die Geschichte der jüdischen Friedhöfe auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Siehe: *Fremd unter meinesgleichen*, a. a. O., S. 262-272.

<sup>41</sup> Siehe: Manfred Namm, a. a. O.

Friedhof 1996 erneut von einem Rabbiner weihen. Es ist im Besonderen den Strausberger Pädagogen Karl-Heinz Doherr und Jörg Stoppa zu danken, dass sie mit dem von ihnen geführten Verein „Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e. V.“(RAA) einen wichtigen Beitrag für die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und für die humanistische Aufarbeitung der jüdischen Geschichte in Strausberg leisteten. Im Rahmen einer Projektarbeit fertigten Strausberger und israelische Schüler originalgetreue Grabsteine, die auf den jüdischen Friedhof und auf den einstigen Standort der Synagoge aufmerksam machen sollen. Mitte 2007 wurden mehrere dieser Steine, weil sie als eine nur „temporäre Angelegenheit“ angesehen wurden und nicht vorschriftsmäßig befestigt waren, auf Veranlassung der Stadtverwaltung entfernt und eingelagert. Bemerkenswert sind auch Legenden über den Verbleib der einstigen Grabsteine. Beispielsweise sollen diese nach 1945 für bauliche Vorhaben verwandt worden seien, indessen wird auch angenommen, dass die Steine in den Straussee geworfen wurden und dort auch bereits vor längerer Zeit von Tauchern gesichtet worden sein sollen (Doherr) Tatsächlich konnte auf Initiative des Vereins MIKO (Menschen in Kooperation) eine heiße Spur gefunden werden. Die Suche soll weitergehen.<sup>42</sup> Der städtische Umgang mit dieser Stätte des jüdischen Gedenkens ist auch 70 Jahre nach dem Holocaust problematisch. Der Zugang zum Friedhof ist noch immer für jedermann zu jeder Zeit offen. Zuweilen verrichten dort auch Bürger ihre Notdurft. Eine, wie an anderen historischen Orten der Stadt übliche Informationstafel, die über die jüdische Friedhofskultur und die Geschichte des Friedhofs Auskunft geben könnte, ist vorgesehen. Inzwischen gibt es auch konzeptionelle Absichten der Stadtverwaltung, den Friedhof als Ort des Gedenkens und der Mahnung sicherer einzufrieden und aufgefundene sowie die von Jugendlichen gefertigten Grabsteine in die Gestaltung einzubeziehen. Die fehlerhafte Gedenktafel soll künftig im Museum ihre widersprüchliche Geschichte erzählen.

Einen wichtigen Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus leisten Strausberger Schulen. Im Jahr 2002 gab sich die Gesamtschule in Vorstadt den Namen der herausragenden Physikerin

---

<sup>42</sup> (ufo): Jüdischer Grabstein aufgetaucht. Vom Verein MIKO initiierte Suche im Straussee war erfolgreich, in: Märkische Oderzeitung, 18.9.09, S.11.

und zum Christentum konvertierten Jüdin „Lise Meitner“ und 2003 die Oberschule im Norden der Stadt den Namen des jüdischen Mädchens „Anne Frank“. Mit der so im pädagogischen Bildungsprozess eingebrachten Wahrnehmungsweise der jüdischen Geschichte und Kultur sowie die kritische Beschäftigung mit den rassistischen und ideologischen Hintergründen und Folgen des Holocaust, leisten die Schulen ihren Beitrag für eine humanistische Erinnerungsarbeit und für die Auseinandersetzung mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Der gemeinnützige Verein MIKO e. V. (Menschen in Kooperation) fördert in direkter Zusammenarbeit mit der „Lise Meitner Gesamtschule eine Projektarbeit zur jüdischen Geschichte in Strausberg. Mit einer Schüler- Arbeitsgemeinschaft „Heimatgeschichte fetzt“ erforscht der Verein auch die Geschichte des jüdischen Friedhofs und stellt Ergebnisse in Podiumsveranstaltungen vor.<sup>43</sup>

Die Initiative des Kölner Aktionskünstlers Gunter Demnig fand auch in Strausberg Zuspruch. Inzwischen erinnern zahlreiche Stolpersteine an den einstigen Wohnsitz der jüdischen MitbürgerInnen, von dem sie den Weg in die Deportation und den Tod antreten mussten.

Im Gedenken an die Pogromnacht vor 70 Jahren kam es auf Anregung des sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. Reiner Schwarze zu einer parteienübergreifenden Initiative. Auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung brachten Vertreter aller demokratischen Parteien und Institutionen der Stadt unweit vom Standort der zerstörten Synagoge eine Gedenktafel an der Stadtmauer an, die an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnert.

Gedenken und Mahnung, heute und künftig jegliche Erscheinungsformen von Antisemitismus entschieden zurückzuweisen, ist eine erstrangige Aufgabe des humanistischen Selbstverständnisses demokratischer Parteien und eines jeden Demokraten. Derzeit ist die SPD nicht nur die älteste, sondern auch die einzige demokratische Partei

---

<sup>43</sup> Siehe: Detlef Klemenz: Schüler verfolgen Spuren weiter. Kontroverse Diskussionen über die Umgestaltung des jüdischen Friedhofs nach 1945, in Märkische Oderzeitung, 30.5.2009, S. 13; Edda Bräunling: Auf den Spuren jüdischer Grabsteine, in: Neue Strausberger Zeitung, 19.6.2009, S. 8.

in Deutschland, die sich in ihrer Programmatik auch im Judentum verwurzelt sieht.<sup>44</sup>

Vorabdruck aus:

Horst Klein: Erinnerungskultur in Strausberg. Erfahrungen im Umgang mit Geschichte, Biografien, Straßennamen und Gedenkstätten, 3. erw. und verb. Auflage, Strausberg 2009 (Strausberger Studien zur Geschichte ; 42)

---

<sup>44</sup> Siehe: Hamburger Programm. Das Grundsatzprogramm der SPD, in; Vorwärts (Extra, Dezember 2007), S. 6, darin heißt es: Die SPD sieht „ihre Wurzeln in Judentum und Christentum, Humanismus und Aufklärung, marxistischer Gesellschaftsanalyse und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung...“